

Adresse dieses Artikels:

<https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/thueringer-direktversicherungsgeschaedigt-nicht-auf-id237970781.html> **Jetzt lesen.**

Thüringer Direktversicherungsgeschädigte geben nicht auf

Sibylle Göbel

Aktualisiert: 24.03.2023, 05:25 | Lesedauer: 6 Minuten



Geben nicht auf: Thomas Rogge, Helmut Kalb und Gerd Heimbürger (v.l.) gehören der Regionalgruppe Thüringen des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten an.

Foto: Sibylle Göbel

ERFURT/WEIMAR. Thüringer Direktversicherte demonstrieren erneut wegen Teilverlusten bei der betrieblichen Altersvorsorge. Sie sprechen von 20 Jahren Zwangsenteignung.

Diesen Artikel vorlesen lassen:



00:00 / 06:24 1X

BotTalk

staatliche legitimierte Betrug – wie es Betroffene nennen – begann vor genau 20 Jahren: Weil die Kassen der Gesetzlichen Krankenversicherung damals leer waren, beschloss der **Bundestag**

2003, sich an jene zu halten, denen mit Erreichen des Ruhestands Geld ausgezahlt wird, das sie in einer über den Arbeitgeber abgeschlossenen **Direktversicherung** angespart haben. Von diesem Auszahlungsbetrag sollten fortan knapp 20 Prozent für die Kranken- und Pflegeversicherung abgehen – verteilt auf 120 Monate.

Was da im Detail beschlossen worden war, fiel erst auf, als von 2004 an die ersten Direktversicherten Zahlungsaufforderungen ihrer **Krankenkassen** erhielten: Obwohl ihnen bei Vertragsabschluss für diese Kapitallebensversicherung etwas völlig anderes versprochen worden war, sollten sie nun für die angesparte Summe den vollen Sozialbeitrag, also den Arbeitnehmer- wie den Arbeitgeberanteil, entrichten. Das heißt: Wer die Summe schon verplant hatte, um zum Beispiel sein Häuschen abzuzahlen oder sich eine Eigentumswohnung für das Alter zu leisten, dem fehlte plötzlich rund ein Fünftel des sichergeglaubten Geldes.

Hauptstadt Inside von Jörg Quos, Chefredakteur der FUNKE Zentralredaktion

Hinter den Kulissen der Politik - meinungsstark, exklusiv, relevant.

E-Mail*

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Jetzt anmelden

Mit * markierte Felder sind Pflichtfelder. Eine Abmeldung ist jederzeit über einen Link im Newsletter möglich.

Kein Bestandsschutz für ältere Verträge

Als besonders ungerecht empfinden es die Betroffenen dabei, dass auch die vor 2003 abgeschlossenen Verträge keinen **Bestandsschutz** genossen. Auch diejenigen mit Altverträgen, die mit dem Versprechen geködert worden waren, mit der Direktversicherung Steuern und Sozialabgaben zu sparen, wenn sie dafür auf einen Teil ihres Lohns verzichten, werden seither zur Kasse gebeten. Dass das bei vielen das Vertrauen in den Staat und die Politik nachhaltig erschüttert hat, verwundert kaum.

Doch selbst Politiker, die dem Gesetz 2003 ihre Zustimmung gaben, haben es lange Zeit nicht durchschaut. Thomas Rogge von der Regionalgruppe Thüringen des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten (DGV) berichtet davon, dass zum Beispiel die Erfurter CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann – immerhin eine Finanzexpertin – erst im Gespräch mit ihm und seinen Mitstreitern verstanden hat, was genau die Betroffenen so empört. Und weshalb sie jedem jungen Menschen, der diese Form der betrieblichen **Altersvorsorge** erwägt, davon nur dringend abraten können.

Thema steht immer wieder im Raum



Demonstration des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten zum Tag der Arbeit 2021 vor dem Thüringer Landtag, zirka 150 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik.
Foto: Sibylle Göbel

Tillmann, die wie manch anderer auf die Expertise des Bundestags-Fachausschusses vertraut haben will, gehört aber zumindest zu den Politikern, die sich die Sorgen der Direktversicherten anhören. Das tun längst nicht alle. Dabei ist gar nicht mehr zu überhören, dass das Gesetz von 2003 Millionen Menschen verärgert hat, viele Betroffene sich enttäuscht von der Politik abwenden oder sagen, dass sie niemals wieder eine der Parteien wählen, die ihnen das eingebrockt hat. „Es gibt kaum eine Veranstaltung mit Bürgern, bei der das nicht thematisiert wird“, weiß etwa der Apoldaer CDU-Landtagsabgeordnete Mike Mohring, der auch dem CDU-Bundesvorstand angehört.

Der Druck, den vor allem auch der 2015 gegründete DGV mit Demos (wie 2019 in Erfurt) und Gesprächen mit Politikern erzeugt, blieb nicht ohne Folgen. Um die Betroffenen – der DVG spricht von rund 6,5 Millionen – zu besänftigen, wurden den Direktversicherungsgeschädigten eine kleine Entlastung angeboten: Seit 1. Januar 2020 gibt es einen sich jährlich erhöhenden Freibetrag – in diesem Jahr knapp 170 Euro. Das bedeutet, dass erst ab dieser Höhe Krankenversicherungsbeiträge auf die Bezüge fällig werden. Für Thomas Rogge, Gerd Heimbürger (beide Erfurt) und Helmut Kalb (Weimar) von der DGV-Regionalgruppe ist das aber allenfalls ein Teilerfolg. Denn in vielen Fällen liege der auf den Monat umgerechnete Auszahlungsbetrag über diesem Freibetrag, so dass trotzdem hohe Sozialabgaben fällig werden. Bei etlichen Betroffenen summieren sich diese in den zehn Jahren auf mehrere zehntausend Euro.

Gespräche mit Politikern gesucht

Genau deshalb lassen die Thüringer wie auch der gesamte, mittlerweile rund 3800 Mitglieder zählende DGV nicht locker. Zur Jahresversammlung des DGV am 15. April in Kassel wollen sie erneut mit einer Demo vor allem Bundeskanzler Scholz (SPD) an sein mehrfach gegebenes Versprechen, das Problem der **Doppelverbeitragung** zu lösen, erinnern. „Wir würden uns freuen, wenn sich uns dort weitere Thüringer Direktversicherte anschließen“, sagt Helmut Kalb, der die Regionalgruppe 2019 initiiert hat. Sein Appell richtet sich auch an Direktversicherte, die noch mitten im Berufsleben stehen und bisher von der auch sie betreffenden Ungerechtigkeit womöglich noch nichts wissen. Denn in den jährlichen Standmitteilungen verschweigen die Versicherungen diesen Fakt geflissentlich.

Daneben sucht der DGV weiter den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und das Gespräch mit Politikern auf Landes- und Bundesebene. „Die Antworten sind meist unverbindlich, wir werden vertröstet“, sagt Gerd Heimbürger. Man wolle sich „kümmern“, heißt es, es „weitergeben“ oder habe – da gerade in der Opposition – derzeit leider „keine Handhabe“. Entmutigen lassen sich die Betroffenen davon indes nicht. Selbst wenn sie, wie jüngst, von Grünen-Landesprecherin Anne-Sophie Böhm die Antwort erhalten, dass „seinerzeit politische Fehler gemacht wurden, die korrigiert werden müssten“, aber „leider in absehbarer Zeit nichts vorangehen wird“. In der Ampel

gebe es dafür einfach keine Mehrheit, so Bohm. „Wenigstens war sie ehrlich“, sagt Thomas Rogge. Das sei, nach all den Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre, immerhin etwas.

Demo zur DVG-Delegiertenversammlung am 15. April: 10.30 bis 12.30 Uhr vor dem Bundessozialgericht in Kassel

Kontakt zur DVG-Regionalgruppe Thüringen: helmut.kalb@yahoo.com

Thüringer Direktversicherungsgeschädigte: „Finger weg von diesem Angebot“

- [Lesen Sie hier mehr Beiträge aus: Politik.](#)

